



PRESSEMITTEILUNG

Kiel, 25.03.2025

Naturschutzverbände fordern zügiges gemeinsames Handeln der Landesregierung beim Ostseeschutz

Bei einem Treffen mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, Umweltminister Tobias Goldschmidt und Landwirtschaftsminister Werner Schwarz forderte ein Bündnis aus Ostsee-Naturschutzverbänden dazu auf, den vor einem Jahr vorgestellten Aktionsplan Ostseeschutz zügig umzusetzen. Staatskanzlei und alle Ministerien sollten dabei an einem Strang ziehen. Die Verbände unterstrichen ihre Forderungen mit der Übergabe eines Fotos von einem Algenteppich vor Heiligenhafen und eines Fragenkatalogs.

„Wir wünschen uns ein stärkeres Bekenntnis zum Aktionsplan Ostseeschutz, und zwar von der gesamten Landesregierung und von Ihnen, Herr Ministerpräsident“, sagte Alexander Schwarzlose, Vorsitzender des NABU SH. „Wir wünschen uns ein entschlosseneres Handeln. Die Fischbestände gehen immer weiter zurück und die Todeszonen infolge zu hoher Nährstoffeinträge weiten sich immer mehr aus. Die Ostsee wird jeden Tag kranker, aber weitere Worte allein werden sie nicht genesen lassen. Nun braucht es endlich Taten!“

„Ein wichtiger Schritt ist die Umsetzung der geplanten Schutzgebiete bis Ende des laufenden Jahres“, betonte Dr. Sabine Schroeter vom Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV SH). „In den streng geschützten Gebieten muss sichergestellt werden, dass keine Fischerei und kein lauter Wassersport stattfinden darf. Entsprechend klar müssen die jeweiligen Verordnungen ausformuliert sein. Es muss personell sichergestellt werden, dass Verstöße gegen die Verordnungen verfolgt und geahndet werden können.“

Dietmar Ulbrich, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein (BUND SH), ergänzte: „Die Nährstoffeinträge in die Ostsee sind viel zu hoch. Es reicht nicht, bis 2035 den Eintrag von Stickstoff um nur 400 Tonnen und den Eintrag von Phosphor um nur 13 Tonnen pro Jahr zu mindern. Ziel muss es sein, die Anforderungen der Wasser-Rahmen-Richtlinie der EU zu erfüllen. Jährlich müssen 2074 Tonnen weniger Stickstoff und 66 Tonnen weniger Phosphor aus Schleswig-Holstein in die Ostsee gelangen.“

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hatte im März 2024 den „Aktionsplan Ostseeschutz 2030“ vorgestellt. Im April und Mai 2025 finden in den Ostsee-Anrainer-Kreisen Regionalkonferenzen statt, um über die Einrichtung der geplanten Schutzgebiete zu informieren. Die Ostsee-Naturschutzverbände mahnen an, dass diese Schutzgebiete für die Erholung von Seegraswiesen, Fischbeständen, Meeressäugern und Meeres-Enten unbedingt notwendig sind.



Das Bündnis der Ostsee-Naturschutzverbände besteht aus der Arbeitsgemeinschaft Integrierter Ostseeschutz (AGIO), dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein (BUND SH), der Heinrich-Böll-Stiftung, Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV SH), dem NABU Schleswig-Holstein, dem Verein Jordsand und dem WWF Deutschland.

Pressekontakte:

Eva Krautter
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit NABU SH
04321 7572077
Eva.Krautter@NABU-SH.de

Sina Clorius
Pressesprecherin BUND SH
0179 2630518
Sina.Clorius@bund-sh.de